

Inhalt

Vorwort

Sonja Miltenberger S. 2

Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN BdA

Offener Brief an den Bundesfinanzminister Olaf Scholz
von *Esther Bejarano* S. 3

Protestschreiben der BGW an die Senatsverwaltung

für Finanzen, Herrn Matthias Kollatz S. 5

Die Posse geht weiter! Immer noch keine offizielle Gedenktafel in der Wilmersdorfer Wilhelmsaue 40

Jürgen Karwelat S. 6

Zwangsarbeiterlager Wilhelmsaue

Ein Gutachten von Dr. Christine Glauning S. 10

Die Volxxseele kocht – Rio Reiser statt Prinz Heinrich

Jürgen Karwelat..... S. 13

Ankündigung: Scherbenfestival „Wenn die Nacht am tiefsten“

Sema Binia S. 17

Besuch einer indonesischen Menschenrechtsgruppe

Gertrud Fischer-Sabrow S. 18

Musikalische Werkstatt-Lesung mit Irene Moessinger

Sema Binia S. 21

Meine Tätigkeiten in der BWG

Ayana Neander S. 24

Berlin liest

Sema Binia S. 28

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 22. Juni 2019

Sonja Miltenberger S. 30

Vorwort

Sonja Miltenberger

Die Nachricht, dass der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, muss alle alarmieren, die noch bei klarem, politischen Verstand sind. Nicht nur die Medien (z. B. taz und Spiegel) äußern sich empört darüber. Auch die Berliner Geschichtswerkstatt hat ein Protestschreiben an die Senatsverwaltung geschickt.

Wenn es um Ehrungen im öffentlichen Straßenbild geht, sind wir ja zähe Verhandlungen gewohnt. Erinnerung sei hier nur an die Benennung des Rosa-Luxemburg-Stegs, die 27 Jahre brauchte bis zur Umsetzung.

Diesmal sind es kürzere, aber dafür kontroversere Auseinandersetzungen.

Die Diskussion um die Gedenktafel an der Wilhelmsaue 40 nimmt zuweilen groteske Züge an. Jürgen Karwelat, der die Geschehnisse in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf hautnah verfolgt, gibt uns einen Eindruck davon.

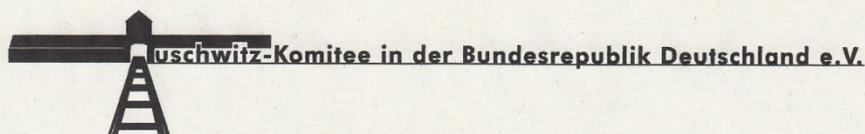
Nicht weniger lebhaft ging es in der Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung, bevor sie dem Antrag auf Umbenennung des Heinrichplatzes in Rio-Reiser-Platz zustimmte. Das Für und Wider aller Beteiligten hier wiederzugeben, würde den Rahmen des Rundbriefes sprengen. Deshalb haben wir uns auf eine Zusammenschau geeinigt. Dennoch überlegen wir, ob der zuweilen doch recht grotesk-unterhaltsamen Beiträge, im nächsten Jahr eine eigene kleine Publikation herauszubringen.

Der Rahmen hierfür wäre bereits gesetzt: Im September 2020 wird ein Scherben-Festival stattfinden

Besonders berührt hat mich der Text von Ayana, die derzeit bei uns im Rahmen eines Bundesfreiwilligendienstes arbeitet. Die Dankbarkeit, die sie uns in ihrem Beitrag entgegenbringt, möchte hiermit im Namen aller, die sie kennengelernt haben, herzlich erwidern.

Nach dem letzten Absatz könnte man meinen, es ist Vorweihnachtszeit. Nun ja, wer kann sich dem „Fest der Liebe“ schon entziehen?

In diesem Sinnen wünschen wir also allen eine besinnliche Zeit.



Offener Brief an den
 Bundesminister der Finanzen
Herrn Olaf Scholz
 Wilhelmstraße 93
 10117 Berlin

Was ist gemeinnützig? Zur Entscheidung eines Finanzamtes 25. November 2019

Sehr geehrter Herr Minister Scholz,

seit 2008 bin ich die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, der gemeinnützigen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Verfolgten. Die Arbeit der Antifa, die Arbeit antifaschistischer Vereinigungen ist heute – immer noch – bitter nötig. Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Wohin steuert die Bundesrepublik?

Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!, wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung für uns alle.

"Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden", hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt bin. Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet. Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

Wir Überlebende der Shoah sind die unbequemen Mahner, aber wir haben unsere Hoffnung auf eine bessere und friedliche Welt nicht verloren. Dafür brauchen wir und die vielen, die denken wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren.

Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte! Dass ich das heute erleben muss! Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V. • Vorsitzende: Esther Bejarano
 Postbank Hamburg • IBAN: DE91 2001 0020 0601 7922 06 • BIC: PBNKDEFF
 Postfach 203 459 • 20255 Hamburg
 AuschwitzKomitee@t-online.de • mobil: 0175 - 9 374 446 • www.auschwitz-komitee.de

wollen, die sie umschreiben und überschreiben wollen? Die von Gedenkstätten 'als Denkmal der Schande' sprechen und den NS-Staat und seine Mordmaschine als 'Vogelschiss in deutscher Geschichte' bezeichnen?

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten, jetzt gerade wieder vom Hamburger Senat eine Ehrendenkmünze in Gold. Mein zweites Bundesverdienstkreuz, das Große, haben Sie mir im Jahr 2012 persönlich feierlich überreicht, eine Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl, hieß es da. 2008 schon hatte der Bundespräsident mir das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse angeheftet. Darüber freue ich mich, denn jede einzelne Ehrung steht für Anerkennung meiner – unserer – Arbeit gegen das Vergessen, für ein "Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus", für unseren Kampf gegen alte und neue Nazis.

Wer aber Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt.

Und nun frage ich Sie:

Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen?

Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?

Als zuständiger Minister der Finanzen fordere ich Sie auf, alles zu tun, um diese unsägliche, ungerechte Entscheidung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Arbeit der VVN-BdA rückgängig zu machen und entsprechende Gesetzesänderungen vorzuschlagen.

Wir Überlebenden haben einen Auftrag zu erfüllen, der uns von den Millionen in den Konzentrationslagern und NS-Gefängnissen Ermordeten und Gequälten erteilt wurde. Dabei helfen uns viele Freundinnen und Freunde, die Antifaschistinnen und Antifaschisten – aus Liebe zur Menschheit! Lassen Sie nicht zu, dass diese Arbeit durch zusätzliche Steuerbelastungen noch weiter erschwert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano

Vorsitzende

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –

Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

N.B.: Dieser Brief wird auch an Fraktionen im Bundestag, an Medien und Freundeskreise weitergeleitet.



Berlin, den 28.11.2019

Senatsverwaltung für Finanzen
Herrn Dr. Matthias Kollatz
Klosterstraße 59
10179 Berlin
pressestelle@senfin.verwalt-berlin.de

Sehr geehrter Herr Kollatz,

wir haben mit Sorge und Bestürzung die Entscheidung des Finanzamts für Körperschaften des Landes Berlin zur Kenntnis genommen der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zu entziehen.

Wir protestieren dagegen. Es handelt sich um einen unverantwortlichen Schritt, mit dem das dringend notwendige Engagement gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus geschwächt wird. Und das in einer Zeit alltäglicher rechtsextremer Auswüchse und drohender rechtspopulistischer Meinungshegemonie.

Wir erklären uns mit der VVN-BdA solidarisch und erwarten von Ihnen, dass Sie alles in Ihrer Macht Stehende unternehmen, um die Entscheidung rückgängig zu machen. Die VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben!

Mit freundlichen Grüßen
der Geschäftsführende Ausschuss der
Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Die Posse geht weiter! Immer noch keine offizielle Gedenktafel in der Wilmersdorfer Wilhelmsaue 40

Jürgen Karwelat

Mit Langzeitprojekten hat die Berliner Geschichtswerkstatt Erfahrung. So hat es bekannterweise über 26 Jahre gedauert, bis wir den Rosa-Luxemburg-Steg durchsetzen konnten. Der Kampf mit der polnischen Bürokratie zur Anbringung einer Gedenktafel in Liegnitz/Legnica für Paul Löbe dauerte 2 ½ Jahre. Eine gewisse Gelassenheit mit langsam arbeitender Verwaltung gehört damit schon lange zur kollektiven Mentalität der Geschichtswerkstatt.

Im vorliegenden Fall müssen wir uns allerdings wieder einmal auf- und erregen, denn selten ist uns eine solche unheilige Kombination von Ignoranz und Unfähigkeit begegnet.

Seit fast fünf Jahren wird in Charlottenburg-Wilmersdorf darüber diskutiert, ob am Haus Wilhelmsaue 40 eine Gedenktafel zur Erinnerung an die dort im Zweiten Weltkrieg untergebrachten Zwangsarbeiter angebracht wird. Der Historiker Dr. Michael Roeder hatte 2014 drei Dokumente gefunden, die belegen, dass an dieser Stelle Zwangsarbeiter verschiedener Nationen untergebracht waren. Die Berliner Geschichtswerkstatt hat darüber bereits in zwei Rundbriefen ausführlich berichtet (Rundbriefe 2015,1 und 2016,1).

Einweihung der provisorischen Gedenktafel an der Wilhelmsaue 40 durch die Berliner Geschichtswerkstatt, Dezember 2017



Was das Lager besonders macht: Es handelte sich um ein Lager in der Regie des damaligen Bezirksamts Wilmersdorf. Dies belegen mehrere Dokumente. Eines davon befindet sich im Archiv des Museums Charlottenburg-Wilmersdorf. Es ist eine Anweisung des nationalsozialistischen Bezirksbürgermeisters vom 30. April 1944 zum „Einsatz von Ausländern des städtischen Ausländerlagers für Arbeitsleistungen im Verwaltungsinteresse“ an die „Herren Dienststellenleiter“ des Bezirksamts Wilmersdorf: „Ich behalte mir den Arbeitseinsatz der Ausländer selbst vor.“ Ein weiterer Beleg ist eine Liste vom 30.11.1942, die das Gesundheitsamt Wilmersdorf erstellt hat. Es ist eine Übersicht über die ärztliche Versorgung der Zwangsarbeiter. Dort heißt es zur Bezeichnung des Lagers „Bez.Verw. Wilmsdf“ und zur Lage des Lagers „Wilmersdorf Wilhelmsaue 40“, bei der Zahl und Nationalität der Arbeiter heißt es „18 versch.“. Das dritte Dokument ist die Liste des Polizeireviers 151 „Ausländer, die in Berlin polizeilich gemeldet waren“ vom 12. Januar 1946. Die Liste, die auf Veranlassung der Alliierten erstellt wurde, befindet sich im Bestand der Wehrmachtsauskunftsstelle Deutsche Dienststelle (WASt), die seit Anfang 2019 zum Bundesarchiv gehört. Allein das Blatt 243 enthält 24 Namen von Personen jugoslawischer Staatsangehörigkeit. Bei sieben Namen ist als Adresse „Wilhelmsaue 39/40“ verzeichnet.

Zweifel an Ort und Charakter des Lagers als ein Lager des Bezirksamts wurden seit fast fünf Jahren vor allem von SPD und CDU vorgebracht, z. B. mit dem abwegigen Hinweis, eine Hausnummer 40 habe es in der Wilhelmsaue nie gegeben und daher sei die Liste des Gesundheitsamtes Wilmersdorf vom 2. Dezember 1942, das unter dieser Adresse ein Lager des Bezirksamts Wilmersdorf aufführte, falsch. Tatsächlich wurde das Grundstück in der Vergangenheit unterschiedlich bezeichnet, z.B. mit 39/40 oder 39-41. Darüber hinaus erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass gleich zwei Institutionen, nämlich das Wilmersdorfer Gesundheitsamt und das Polizeirevier 151 zu unterschiedlichen Zeiten denselben Schreibfehler machen („Wilhelmsaue 40“ bzw. Wilhelmsaue 39/40“) bzw. für diese Adresse ein Zwangsarbeiterlager erfinden. Eine Zeitlang wurde darüber hinaus bezweifelt, dass es sich um ein vom Bezirk geführtes Lager gehandelt habe. Die SPD berief sich hier auf Stephan Knobloch, der zur Bezirksgeschichte forscht und seit Jahren umfangreiche Ausführungen darüber macht, dass es aus verwaltungstechnischen Gründen in Berlin gar keine bezirksgeführten Lager gegeben haben könnte, da es sich stets um „Lager der Stadt Berlin“ gehandelt habe. Diese spitzfindige Argumentation wird widerlegt nicht nur durch die oben genannte Anweisung des Bezirksbürgermeisters vom 30. April 1944.

Außerdem hat der Bezirk im Zweiten Weltkrieg in seinen „Kriegsverwaltungsberichten“ regelmäßig über den Einsatz von Zwangsarbeitern für die Bezirksverwaltung berichtet. An einem vom Bezirk geleiteten Lager kann es daher keinen Zweifel geben.

Aufgrund der Untätigkeit und Unwilligkeit des Bezirks brachte die Berliner Geschichtswerkstatt Anfang Dezember 2017 in der Wilhelmsaue 40 eine provisorische Gedenktafel an. Die Tafel am Gebäude des IT-Dienstleistungszentrums des Landes Berlin hängt bis zum heutigen Tag. Kurioserweise ist diese inoffizielle Tafel mittlerweile in die Liste der Gedenktafeln des Bezirks auf die offizielle Seite des Bezirksamts aufgenommen worden.

Das Verfahren schleppte sich zwei Jahre lang weiter durch den Kulturausschuss und die Gedenktafelkommission der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf. Auf Nachfrage der Vorsitzenden der Gedenktafelkommission, Annegret Hansen, SPD-Fraktion, im September 2019 antwortete mit einem ausführlichen Schreiben vom 12. September 2019 Frau Christine Glauning, die Leiterin des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit in Berlin. Wörtlich führt Frau Glauning als Fazit aus:

„Wir können also feststellen, dass sich in der Wilhelmsaue 40 (Grundstück 39/41) ein Zwangsarbeitslager befand, über das der Bezirk nach eigenem Ermessen verfügte. Dies rechtfertigt unserer Meinung nach eine Benennung des Ortes als Ort der NS-Zwangsarbeit, für den der Bezirk Verantwortung trug.“

In der Sitzung der Gedenktafelkommission am 14. November 2019 äußerte Frau Christiane Timper, die Vertreterin der SPD-Fraktion, die Stellungnahme von Frau Glauning sei irrelevant, da sie nicht selbst geforscht habe. Die Vertreter der FDP und AfD stießen in dasselbe Horn. Ein so hanebüchenes Argument einer SPD-Kommunalpolitikerin ist erstaunlich und es ist kaum vorstellbar, dass dies die Haltung einer SPD-Fraktion in allen möglichen Parlamenten widerspiegelt.

Über die Haltung der SPD kann man nur rätseln. Liegt es, wie manche vermuten, an der Haltung des SPD-Bürgermeisters Reinhard Naumann, der es nicht zulassen will, dass durch die Anbringung der Tafel die Verwicklung der damaligen Bezirksverwaltung in die Unterdrückung und Ausbeutung der Zwangsarbeiter manifest wird, er also seine nationalsozialistischen Vorgänger in Schutz nehmen will? Dies wäre eine fatale Haltung.

In der Sitzung der Gedenktafelkommission vertraten die VertreterInnen von SPD, FDP und AfD weiterhin die Auffassung, der Ort Wilhelmsaue 40 sei weiter von den Experten umstritten. Daher solle ein anderer Standort für eine Gedenktafel für die Zwangsarbeiter gesucht werden. Die Vertreterin der CDU-Fraktion hielt sich mit Äußerungen zurück.

Die Belege zum Zwangsarbeiterlager Wilhelmsaue 40 sind für alle Experten in Sachen Zwangsarbeit in Berlin ausreichend und sogar weitaus besser als an anderen belegten Standorten der Zwangsarbeit. Das Geschachere um diese Tafel ist unwürdig und wirft ein fragwürdiges Licht auf Handlungsfähigkeit und Haltung der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf angesichts zunehmender Bedrohungen durch rechtspopulistische Kräfte in unserem Land.

Wir werden sehen, wie die Sache weiter geht. Der unermüdliche Michael Roeder hat im November 2019 eine schriftliche Anfrage an den Bezirksbürgermeister gestellt, ob dieser angesichts der glasklaren Antwort von Frau Glauning beabsichtigt, in der Wilhelmsaue 40 eine offizielle Gedenktafel anzubringen. Die Gedenktafelkommission ist erst einmal auf Tauchstation gegangen und hat das Thema auf die nächste Sitzung am 12. März 2020 vertagt.

Die Berliner Geschichtswerkstatt ist der Ansicht, dass der Bezirk schnellstens eine offizielle Tafel anbringen sollte. Beim Text für eine Tafel sollte sich der Bezirk an dem Text der provisorischen Tafel orientieren. Dieser Text lautet:

„An dieser Stelle betrieb das Bezirksamt Wilmersdorf im Zweiten Weltkrieg ein Lager für Zwangsarbeiter.

Es gab in Berlin circa 3000 Lager von staatlichen Betrieben und privaten Unternehmen, öffentlichen Stellen, auch Kirchen und anderen Institutionen, in denen etwa 500.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter untergebracht waren.

In Wilmersdorf befand sich mehr als ein Dutzend Lager.

Ohne Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wäre es dem nationalsozialistischen Staat nicht möglich gewesen, diesen Krieg zu führen.

Berlin-Wilmersdorf, im Dezember 2017“

NS-ZWANGSARBEIT
Dokumentationszentrum

- Kopie

DOKUMENTATIONSZENTRUM NS-ZWANGSARBEIT BRITZER STR. 5 12439 BERLIN

Frau
Annegret Hansen
Vorsitzende der Gedenktafelkommission
BVV Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

Berlin, den 12.09.2019

Ihre Anfrage: NS-Zwangsarbeiterlager Wilhelmsaue 40

Sehr geehrte Frau Hansen,

vielen Dank für Ihre Nachfrage, die uns das Interesse des Bezirkes an seiner Geschichte signalisiert.

Ihre Frage, ob es sich mit dem Lager Wilhelmsaue 40 um eines gehandelt habe, in dem „nur“ Zwangsarbeiter untergebracht waren, die für das Bezirksamt arbeiten mussten, so der Wortlaut Ihres Briefes, ist in ihrer Engführung leider so nicht zu beantworten. Dies liegt zum einen an der Struktur der Zwangsarbeiterverwaltung, zum anderen an der besonderen Quellensituation der Zwangsarbeitsforschung.

Aus den allgemein bekannten Dokumenten geht hervor, dass sich in der Wilhelmsaue 40 bzw. auf dem Grundstück Wilhelmsaue 39/41 (vgl. Kartenausschnitt von 1943) eine Sammelunterkunft für Zwangsarbeitende befunden hat, die vom Bezirksamt betrieben wurde. Der Begriff „Betreiber“ bedeutet, dass der Bezirk über den Einsatz der dort lebenden Zwangsarbeiter verfügen konnte. Dies stellt keine Aussage über die Eigentumsverhältnisse dar, einzig über das politische Handeln.

Zur Unterbringung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern:

In Berlin existierten etwa 3.000 Lager und Sammelunterkünfte für etwa 500.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter während des Krieges. Diese waren zunächst in sog. Saalbauten untergebracht, in Theatergebäuden, Gaststätten, Kinos, aber auch in Schuppen, auf Dachböden, in Kellerräumen, in Baracken, in Pensionen, Mietshäusern

DOKUMENTATIONSZENTRUM
NS-ZWANGSARBEIT
BRITZER STR. 5
12439 BERLIN
TELEFON 030 6390288-0
FAX 030 6390288-29
GLAUNING@TOPOGRAPHIE.DE
WWW.NS-ZWANGSARBEIT.DE

ÖFFNUNGSZEITEN:
DI – SO 10:00 – 18:00 UHR

EINE ABTEILUNG DER
STIFTUNG TOPOGRAPHIE
DES TERRORS
RECHTSFÄHIGE STIFTUNG DES ÖFFENTLICHEN
RECHTS
NIEDERKIRCHNERSTR. 8
10969 BERLIN
VORSITZ IM STIFTUNGSRAT:
SENATSVERWALTUNG FÜR KULTUR UND EUROPA
BANKVERBINDUNG:
BERLINER SPARKASSE
IBAN: DE 7010 0500 0001 9028 9805
BIC: BELA2E33XXX

sowie in Abbruchhäusern. Zugleich haben vor allem der General-Bauinspektor sowie größere Firmen eigene Lager gebaut, um diese für eigene Zwecke zu nutzen, vielfach wurde der Raum aber auch an kleinere Betriebe oder jene vermietet, die kurzfristig zusätzlichen Unterbringungsplatz benötigten. Auch die Stadt Berlin unterhielt eigene Lager.

Wie aus der Anweisung des Bezirksbürgermeisters vom 30. April 1944 hervorgeht, wurde das Lager als „städtisches Lager“ bezeichnet, allerdings hat sich der Bezirk vorbehalten, über den Einsatz der dort untergebrachten Ausländer selbst zu befinden. Dies weist auf das politische Handeln des Bezirkes hin, Zwangsarbeit aktiv und wissentlich einzusetzen.

Zur Quellenlage:

Die im Nationalsozialismus eingesetzten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden durch die zivile Administration verwaltet. Dies bedeutet, dass sie durch die Arbeitsverwaltung vermittelt wurden, bei der AOK krankenversichert waren, vom Einwohnermeldeamt erfasst und Geburten oder Todesfälle durch die Standesämter registriert wurden. Durch den Umgang mit Akten im Öffentlichen Dienst (regelmäßige Kassierungen) sowie ein fast vollständig fehlendes Unrechtsbewusstsein dem Einsatz von Zwangsarbeit gegenüber in der frühen Nachkriegszeit sind wir heute mit einer höchst lückenhaften Quellenüberlieferung konfrontiert. Für die vielen Unterbringungsorte für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die oftmals höchst provisorisch waren, finden sich oft nur Mosaiksteine, die auf ihre Existenz hinweisen. Vor allem die ehemaligen Betroffenen selbst können sich meist kaum an die konkreten Adressen erinnern, waren sie doch häufig an verschiedenen Orten untergebracht und haben viele von ihnen die Dokumente aus der Zeit später vernichtet. Von daher handelt es sich gerade in der Forschung zur NS-Zwangsarbeit im wahrsten Sinne des Wortes um eine Spurensuche.

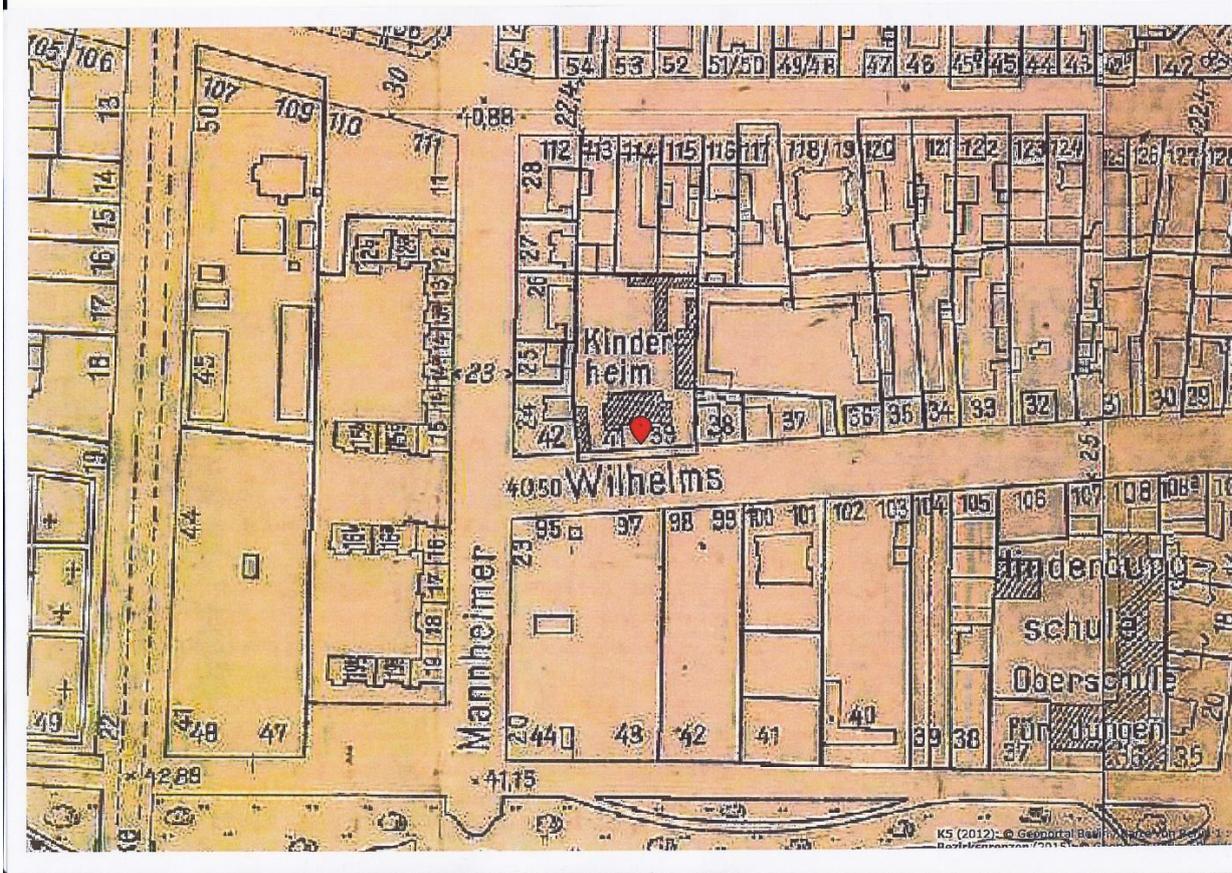
Bezogen auf ihre konkrete Frage kommt der Umstand hinzu, dass die Lager und Sammelunterkünfte oftmals mit unterschiedlichen Zwangsarbeitsgruppen belegt waren und auch häufig im Laufe ihrer Existenz über unterschiedliche Betreiber verfügten.

Wir können also feststellen, dass sich in der Wilhelmsaue 40 (Grundstück 39/41) ein Zwangsarbeitslager befand, über das der Bezirk nach eigenem Ermessen verfügte. Dies rechtfertigt unserer Meinung nach eine Benennung des Ortes als Ort der NS-Zwangsarbeit, für den der Bezirk Verantwortung trug. Zu der gleichen Einschätzung kam ich bereits in meinem Brief vom 16. Mai 2017 an den Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann, in dem ich die vorliegenden Dokumente bewertet und kommentiert habe. Eine Engführung der Fragestellung auf eine „alleinige“ Verantwortung scheint mir in einem arbeitsteiligen System, wie dem der NS-Zwangsarbeit, nicht zielführend zu sein.

Die vorliegenden Namenslisten aus dem Lager – die dritte Quelle für die Verifizierung des Lagerstandortes – haben wir an die Stiftung für polnisch-deutsche Aussöhnung gesandt, die die Entschädigungszahlungen in den Jahren 2000–2006 koordiniert hat und ein großes personenbezogenes Archiv aufgebaut hat sowie die Arolsen Archives, den ehemaligen Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes. Vielleicht werden wir auf diesem Wege weitere Verweise auf die Lagergeschichte erhalten, was jedoch nichts an unserer grundsätzlichen Einschätzung seiner Existenz und dem exklusiven Zugriff durch die Bezirksverwaltung nimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christine Glauning
(Leiterin)



Die Volxxseele kocht – Rio Reiser statt Prinz Heinrich

Jürgen Karwelat

Wer die Auseinandersetzungen um Straßenumbenennungen in Berlin verfolgt, der ist schon einiges gewohnt.

Meist geht es nach dem eingefahrenen Schema, dass die betroffenen Anwohner regelmäßig gegen eine Umbenennung sind. Dabei ist es völlig egal, ob es sich um den deutschen Historiker Heinrich von Treitschke („Die Juden sind unser Unglück“), den Führer der russischen Revolution, Wladimir Iljitsch Lenin, oder den General und kolonialen Unterdrücker Wissmann handelt. Diesmal ging es am 27.11.2019 um den Heinrichplatz im tiefen Kreuzberg, der in Rio Reiser-Platz umbenannt werden soll. Immer kämpfen die AnwohnerInnen um Erhalt des Alten und Bestehenden, mit teils nachvollziehbaren, teils an den Haaren herbeigezogenen Argumenten. Nur ein einziges Mal ist in Berlin eine schon beschlossene und umgesetzte Straßenumbenennung zurückgenommen worden. 1967 beschloss das CDU-dominierte Bezirksamt Charlottenburg kurz nach dem Tod des in Berlin nicht besonders beliebten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, den Kaiserdamm in Adenauerdamm umzubenennen. Die Schilder wurden aufgehängt. Aber der Aufstand war da. Im Laufe des Jahres wurden über 100.000 Unterschriften dagegen gesammelt, so dass das Bezirksamt am 15. Dezember 1967 in einer Dringlichkeitssitzung die Rückbenennung beschloss. Am 15. Januar 1968 wurden die alten Schilder wieder angebracht.

Ich kann mich auch gut an eines der einschneidendsten Erlebnisse meiner kommunalpolitischen Tätigkeit erinnern, als es vor fast 30 Jahren darum ging, dass im Grunewald-Viertel der damalige Seebergsteig, benannt nach einem Wegbereiter der Nationalsozialisten, dem Theologen Reinhold Seeberg, in Walter-Benjamin-Straße umbenannt werden sollte. Ich saß in einer der hinteren Reihen der Bürgerversammlung und wurde deshalb von den verbalen vergifteten Pfeilen, die in Richtung Podium, wo Baustadtrat und Kulturstadträtin saßen, nicht getroffen. Um mich drumherum eine Menge fast tobender und geifernder, heute würde man sagen, „Wutbürger“, in adretten Kostümen oder im Anzug mit Krawatte. Sie waren sich nicht zu schade, antisemitische Sprüche gegen den ins Exil getriebenen Walter Benjamin loszulassen. Wenn jemand im Publikum eine Kalaschnikoff dabei gehabt hätte, er hätte sie eingesetzt, um das Podium umzulegen, davon war ich damals fast überzeugt.

Ganz so schlimm war es an dem denkwürdigen Mittwoch, den 27. November 2019 im Saal der Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung nicht. Aber „Stimmung“ war da.

Die Sitzung begann kurz nach 18 Uhr, der entscheidende Tagesordnungspunkt 11.1, eine Beschlussempfehlung des Kulturausschusses zur Umbenennung des Heinrichplatzes, kam aber erst gegen 21 Uhr zur Sprache. Der Punkt war nur dadurch auf die Tagesordnung gekommen, weil sich im Ältestenrat der Vertreter der Fraktion „Die Partei“ geweigert hatte, die Beschlussempfehlung auf die so genannte Konsensliste zu nehmen. Auf der Tribüne hatten sich circa 20 Alt- und Jungpunkts eingefunden, die mit einem Plakat „Heini bleibt“ erschienen waren. Daneben waren auch zahlreiche UnterstützerInnen der Umbenennung des Heinrichplatzes erschienen. Es begann eine etwas einstündige, zum Teil sehr emotional geführte Debatte zwischen den Vertretern der BVV-Fraktionen, immer wieder unterbrochen durch Zwischenrufe von den oberen Rängen, wo die Zuschauer saßen. Die Gegner der Umbenennung verteilten ein Flugblatt „Kein Karneval um Rio“, auf dem argumentiert wurde, die Umbenennung wäre ein willkommenes Marketinginstrument zur weiteren Kommerzialisierung. „Der ausverkauften Stadt würde ein rebellisches Label aufgeklebt“. Kreuzberg sei dann um eine Attraktion reicher, was weitere Touristen anziehen werde. Und ganz nebenbei würde mit dem „Heini“ ein Stück Kreuzberger Geschichte ausgelöscht. Das Flugblatt gipfelte mit den Sätzen „Wenig ist geblieben, aber: Das ist unser Platz! Ehrt Rio, indem ihr seine Musik hört. Macht ihn nicht posthum zu einem weiteren Gentrifizierer.“ Im Saal kursierte ein weiteres Flugblatt von Sema Binia, das sie mit „Mitglied der Berliner Geschichtswerkstatt“ unterzeichnet hatte. Sie hielt den Verteidigern des „Heini“ vor, dass sie mit ihrer Haltung die preußische Monarchenfamilie verteidige, mit der man anfangen müsse, aufzuräumen. An dessen Stelle sollte besser einer gesetzt werden, der einiges für den Bezirk getan und eine Band mitgegründet habe, die im Nachhinein als Erfinder vom „Mythos Kreuzberg“ bekannt geworden sei. Diese Argumentation geht an der Tatsache vorbei, dass ein Name natürlich über die Jahrzehnte und manchmal Jahrhunderte (Benennung des Heinrichplatzes am 7. April 1849) ein Eigenleben entwickelt und man bei „Heinrichplatz“ heute eher an die dortige „Rote Harfe“, die Hausbesetzungen und die 1. Mai-Scharmützel in den 1980ern denkt, als an den preußischen Prinzen aus dem 18. Jahrhundert, dem man Gutes und Schlechtes nachsagen kann. Deswegen insistierten die Protestierenden auf „ihrem Heini“.

Während der Diskussion zwischen den Bezirksverordneten flogen die Fetzen, wobei es manchmal weniger um die Sache als um die gegenseitig ausgeteilten persönlichen Beleidigungen ging. Die Zwischenrufer von den Zuschauerrängen thematisierten mehrfach, überhaupt nicht gefragt worden zu sein.

Für die öffentliche Veranstaltung am 7. November 2019 im „Aquarium“ sei absichtlich kaum geworben worden. Außerdem hätten sie innerhalb von einer Woche über 350 Unterschriften gegen die Umbenennung des Heinrichplatzes gesammelt. Der SPD-Vertreter erklärte, dass seine Fraktion die Abstimmung „frei gegeben“ habe, da sich um eine höchstpersönliche Angelegenheit handle. Auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen gab zu erkennen, dass ihre Mitglieder nicht einheitlich abstimmen werden. Die Linke, die ursprünglich den Antrag zur Umbenennung eines Teils des Mariannenplatzes gestellt hatte, arbeitete sich daran ab, dass man sich hier ausnahmsweise über den Grundsatzbeschluss, Straßen bis zur Erreichung der Quote, nur nach Frauen zu benennen, hinwegsetzen könne, da Rio Reiser offen schwul gewesen sei. Interessant waren die Haltungen der „Randparteien“. Der Sprecher der Fraktion „Die Partei“, die in der BVV mit zwei Sitzen vertreten ist, verteidigte genauso wie die Vertreterin der AfD (drei Sitze der insgesamt 55 in der BVV) die Beibehaltung des traditionellen Namens „Heinrichplatz“. Mit seiner ironisch gemeinten Rede, die beim genauen Zuhören eine Beleidigung der Aktivisten für die Beibehaltung des Namens war, erhielt er viel Szenebeifall von den Geschmähten. Letztlich war der Beifall aber aus ihrer Hinsicht richtig, da er sich gegen die Umbenennung des Heinrichplatzes aussprach (Oder war auch das nur ironisch gemeint?). Die Stimmung kippte mit der sehr persönlich gehaltenen Rede des Kulturausschussvorsitzenden Werner Heck, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Zuerst betonte er, dass allein schon der Prozess, dass man über die Namen und die Geschichte diskutiere, für ihn sehr bedeutsam sei. Er schilderte anschließend seine Probleme um sein Schwul-Sein in der Provinz, wo er aufgewachsen war. Rio Reiser, der ein offen schwules Leben geführt habe, sei für ihn ein Halt in seinem schwierigen Leben gewesen und daher sei es für ihn eine Herzensangelegenheit, wenn der Heinrichplatz in Rio Reiser-Platz umbenannt werde. Dies wurde von den Zuschauerrängen mit Rufen kommentiert, dass sie ja nichts gegen Rio Reiser hätten, wohl aber gegen die Umbenennung des Heinrichplatzes. Schließlich räumten die Zwischenrufer nach weiteren Rufen und Aufforderung durch die Vorsitzende der BVV ihre Plätze im Zuschauerraum.

Die anschließende Abstimmung ergab 27 Stimmen für die Umbenennung des Heinrichplatzes. 8 Verordnete stimmten dagegen, 12 enthielten sich. Das Ergebnis war eindeutiger als die turbulente einstündige Debatte es hatte erwarten lassen.

Was kann man nach diesem Abend feststellen? Diskussionen um Straßennamen werden in Berlin in der Regel sehr heftig, emotional und zuweilen auch mit falschen oder auch vorgeschobenen Argumenten geführt. Der Name eines Platzes oder einer Straße gehört nicht allein den Anwohnern (wobei es im Fall des Heinrichplatzes keine unmittelbar Betroffenen gibt, da der Heinrichplatz keine Postadresse hat). Anwohner ziehen weg oder sterben. Der Straßename bleibt über Generationen. Entscheidend ist das politische Gremium Bezirksverordnetenversammlung, das aber sehr wohl daran tut, durch Bürgerbefragung bzw. entsprechende Veranstaltungen solche Entscheidungen vorzubereiten. Dass dies nicht immer ganz gelingt, zeigt der Prozess um den Rio Reiser-Platz. Zu der Veranstaltung am 7.11.2019 waren gerade einmal 72 Personen gekommen, von denen sich 38 für die Umbenennung des Heinrichplatzes aussprachen und nur wenige für andere Lösungen wie die teilweise Umbenennung des Mariannenplatzes bzw. die Umbenennung des Oranienplatzes. Den Kritikern der Umbenennung ist sicherlich zuzustimmen, dass 38 Personen nicht gerade viele sind bei einer Einwohnerzahl von 289.000 in Friedrichshain-Kreuzberg. Letztlich ist aber die BVV das entscheidende Gremium, das gewählt ist und alle BewohnerInnen des Bezirks vertreten muss.

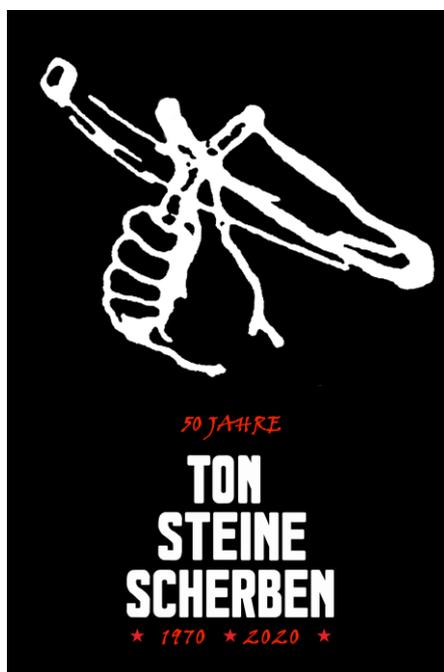
Ich persönlich finde es schade, dass in der Sitzung niemand auf die Idee gekommen ist, den ursprünglichen Antrag der Linken aus der Versenkung zu holen, nämlich die Umbenennung eines Teils des Mariannenplatzes (Begründung: unmittelbarer Bezug durch das Lied „Rauchhaus Song“ der Band Ton Steine Scherben, in dem der Mariannenplatz besungen wird) und nicht des Heinrichplatzes. Dann hätte es auch Postadressen „Rio Reiser-Platz“ gegeben und man hätte sich wohlmöglich den Ärger mit den Alt- und Jung-Punks, die ihren „Heini“ behalten wollten, erspart. Es hätten zwei verschiedene Standorte zur Lösung gegenübergestanden. So gab es leider eine asymmetrische Diskussion mit zum Teil unehrlichen Argumenten. Die Punks wurden beschuldigt, sie würden einen preußischen Prinzen verteidigen und kämpften gegen Rio Reiser. Die Punks machten ihrerseits den Befürwortern des Rio Reiser- Platzes den Vorwurf, sie handelten als Gentrifizierer und im Übrigen auch undemokratisch, da die Mehrheit der Anwohner (welche Anwohner?) sich gegen die Umbenennung ausgesprochen hätte. Das Ganze war trotzdem ein Lehrstück der Demokratie: turbulent, chaotisch und bewegend.

Ankündigung

Scherbenfestival „Wenn die Nacht am tiefsten“

Sema Binia

Die Berliner Geschichtswerkstatt hat beim Hauptstadtkulturfond einen Antrag auf Förderung aus Anlass des 70. Geburtstages von Rio Reiser und des 50. Bestehens seiner Band TON STEINE SCHERBEN für ein Scherbenfestival im September 2020 gestellt. Anfang Dezember erhielten wir die Nachricht, dass der Antrag nach langen Beratungen bewilligt wurde.



Für dieses Festival werden wir u.a. mit verschiedenen Kreuzberger Kinos, der Browse Gallery und mit TON STEINE SCHERBEN kooperieren.

Das vorläufig geplante Programm sieht ein Livekonzert mit TON STEINE SCHERBEN am 12. September 2020 im Musik-Club SO36 mit verschiedenen Gastmusiker*innen vor. Auch unsere Schiffsfahrten „Scherben bringen Glück“ werden in dieses Programm mit eingebettet. Aufgrund des erhöhten Interesses in der Öffentlichkeit werden wir in diesem Jahr drei dieser Schiffsfahrten anbieten.

Rund um den Konzert-Termin sind eine Ausstellung, eine lange Kino-Nacht, Stadtführungen, Straßentheater, eine Akademische Konferenz sowie eine Lesung geplant.

Besuch einer indonesischen Menschenrechtsgruppe

Gertrud Fischer-Sabrow

„Passing on and coming to terms with history through eye-witnesses“

Unter diesem Titel, der in Englisch zu schön ist, um ihn zu übersetzen, hatten wir am 16. Oktober ungewöhnlichen Besuch in der Geschichtswerkstatt.

Vermittelt über das Auswärtige Amt und das Goethe-Institut kam eine Gruppe von 6 Personen (zwei Frauen und vier Männer) aus Indonesien und Osttimor (Timor Leste), alle hochrangige Vertreterinnen und Vertreter in Menschenrechts- und anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), mit zwei Begleitern und Dolmetschern des Goethe-Instituts nachmittags zu einem Gespräch in die Goltzstraße.

Die Geschichtswerkstatt war vertreten durch Andreas Bräutigam, Gertrud Fischer-Sabrow und Peter Lassau. Das Anliegen der indonesischen Gäste, die eine mehrtätige Reise in der Bundesrepublik durchführten, war es, Einblick in die Erinnerungskultur in Deutschland zu gewinnen, mit dem besonderen Augenmerk auf die Arbeit mit Zeitzeugen.

Nach einer Vorstellung der Geschichtswerkstatt und unserer verschiedenen Aktivitäten durch Peter und Gertrud in unserem bestmöglichen Schulenglisch (!) konzentrierten sich die Fragen der freundlichen und höflichen Gäste schnell auf das Thema Zwangsarbeit und wie dieser Bereich durch die BGW aufgegriffen, erforscht



und dokumentiert wurde. Immer wieder erkundigten sich die Gäste nach unserem Zugang und den Methoden bei der Arbeit mit den Zeitzeugen. Unser Vorgehen schilderten wir in knapper Form: Zeitzeugen finden, Interviews durchführen, Aussagen festhalten, möglichst in digitalisierte Form überführen, Dokumentationen erstellen und sie geeigneten Institutionen und Gedenkorten zur Verfügung stellen.

Die Tatsache, dass die Geschichtswerkstatt in den 90er Jahren mit ihren Untersuchungen einen entscheidenden Anstoß zu Entschädigungen der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus den im Zweiten Weltkrieg von Deutschland besetzten Ländern v.a. aus Osteuropa gegeben hat, stieß auf reges Interesse. Besonders der Bericht von Andreas, der persönlich und konkret seinen Zugang zur Arbeit in der Geschichtswerkstatt vorstellte, beeindruckte unsere Besucher sichtlich. Andreas erzählte, wie ihn ein Auschwitzbesuch persönlich berührte und er kurz danach mit Gleichgesinnten anlässlich der Entdeckung eines KZ-Zwangsarbeiterlagers in seinem Wohnort Lichtenrade mit Recherchen begonnen hatte.

Mit der Befragung von Zeitzeugen, die oft eher zufällig gefunden wurden, setzte diese Gruppe ihre Nachforschungen fort und gründete die Geschichtswerkstatt Lichtenrade, die jetzt zu der Berliner Geschichtswerkstatt gehört. Erst in einer breiten Vorstellungsrunde wurde uns klar, dass sich, bedingt durch die historischen und politischen Verhältnisse in Indonesien und Osttimor, eine ganz andere Situation als die unsrige darbietet, die ein äußerst subtiles und differenziertes Vorgehen erfordert, um Betroffene und Zeitzeugen zu einer Aussage zu bewegen. Auch erkannten wir, welch enormer politischer Zündstoff sich in der Arbeit der Kommissionen und NGOs verbirgt, die sich der Wahrheit und Aussöhnung (AJAR Asia Justicean Rights), Recht und Gerechtigkeit (Truth an Recociliation Commission) verpflichtet fühlen. Der Hintergrund der Menschenrechtsverletzungen in Indonesien ist vor allem das Massaker an den indonesischen Kommunisten, denen ein angeblicher Putsch nachgesagt wurde, durch das Militär und Milizen in den Jahren 1965/1966. Die Überlebenden kamen in Gefängnisse und Konzentrationslager und mussten Zwangsarbeit leisten. Die Opfer von Folter und Vergewaltigungen sind bis heute traumatisiert, und die Angehörigen der Opfer werden vielfach diskriminiert. Z.B. sind ehemalige politische Gefangene stigmatisiert durch einen Eintrag in ihrem Ausweis. Bis 1998 war jede Kritik an diesen Ereignissen verboten, deren offizielle Version wesentlicher Bestandteil der Staatsideologie des Diktators Sukarto war.

In Osttimor sind es Übergriffe der indonesischen Armee wie z.B. willkürliche Verhaftungen, öffentliche Ausstellung von Leichen, mysteriöse Morde und auch diffamierende Gerüchte während der Besatzung durch Indonesien, die ein Klima der Gewalt und Unsicherheit schufen. Diese Verbrechen wurden nach dem Ende der Besatzungszeit nur in geringem Maße aufgearbeitet. Opferverbände in Indonesien und Osttimor, die für Aufklärung, Rehabilitierung und Entschädigung kämpfen, stoßen immer noch auf Widerstände. Zivilgesellschaftliche Institutionen und eine internationale

Menschenrechtskommission stellen sich dieser Aufgabe, die u.a. darin besteht, Massengräber ausfindig zu machen, Fakten zu sammeln, die offiziell nicht erhoben oder unterdrückt werden, um die Gräueltaten in Berichten und Forschungsarbeiten zu dokumentieren und publik zu machen.

Immer noch ist es offensichtlich eine Hauptschwierigkeit, die Betroffenen über das Massaker in Indonesien und die Verbrechen in Osttimor zum Reden zu bringen. Eine Vertreterin einer NGO berichtete anschaulich und konkret, wie sie vor allem mit traumatisierten Frauen arbeitet, sie über nonverbale, fast therapeutische Methoden Vertrauen fassen lässt, z.B. mit Zeigen auf Körperteile an einem Bild oder Herbeibringen von Gegenständen oder Kleidungsstücken, um Übergriffe und Verletzungen deutlich zu machen, dabei aber auch die Selbstachtung der Betroffenen bewahren will. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel war die Schilderung einer Szene, in der eine Frau und Mutter mit dem Hervorholen des Hochzeitskleides ihren Status als verheiratete Frau deutlich machen wollte, um dem Vorwurf, sie sei eine Hure, der ihr nach einer Vergewaltigung gemacht worden war, entgegen zu treten.

Eine andere Schwierigkeit ist, dass die Verbrechen nicht offiziell dokumentiert sind, so dass erst über Betroffene und Zeitzeugen und natürlich auch andere Quellen und Dokumente eine Faktenlage über Ausmaß, Ursachen und Folgen geschaffen werden muss, um die staatlichen Stellen zu einer Aufarbeitung zu bewegen, Entschädigungen zu leisten und in der Bildung und Erziehung darauf einzugehen. Dazu äußerten sich ein Professor für Geschichte und ein Sozialarbeiter, die in einer "Wahrheitsfindungskommission" arbeiten.

Ein weiteres Problem ist, dass Täter und Opfer sich oft nicht streng getrennt gegenüberstehen, sondern in Gemeinschaften und Dörfern zusammenleben und der Bruch teilweise durch die Familien geht. Deshalb wird oft ein Ausgleich im Sinne einer „reconciliation“ statt strafrechtlicher Maßnahmen angestrebt, um ein friedliches Auskommen der ehemaligen Feinde zu ermöglichen.

Wir verbrachten angeregte und anregende zwei Stunden miteinander. Wegen der sprachlichen Verständigungsprobleme war das Gespräch nicht immer einfach. Der Dolmetscher unterstützte uns zwar sehr, aber die direkte Kommunikation war natürlich die lebendigere. Immerhin seien die Besucher in der Geschichtswerkstatt zu einer eigenen aktiven Rolle gekommen, während sie bislang eher ein Besucherprogramm in verschiedenen Gedenkorten und Institutionen absolviert hätten, meinte der Vertreter des Goethe-Instituts abschließend.

Für uns bleibt die Freude an einer besonderen Begegnung und einem Gedankenaustausch mit Vertretern einer uns doch fernen und auch wieder nahen Welt.

Musikalische Werkstatt-Lesung mit Irene Moessinger

Sema Binia

2018 erschien Irene Moessingers Biographie „Berlin liegt am Meer“. Der Titel hielt, was er versprach: Stoff für unsere Dampferfahrt „Scherben bringen Glück“. Wir luden die Autorin zu einem Interview über ihr Buch ein und verabredeten darüber hinaus eine Lesung in den Räumlichkeiten der Berliner Geschichtswerkstatt. Am 9. Dezember 2019 erschien sie mit ihrer Musikerin Claudia Fierke in unseren ziemlich abgekühlten Räumen. Die Heizung war mal wieder ausgefallen. Auf Glühwein waren wir noch nicht vorbereitet.

Zum Konzept ihrer Lesung gehören Bild- und Filmmaterialien, die zu den jeweiligen Leseabschnitten an die Leinwand projiziert werden. Als Highlight präsentiert normalerweise eine Band die passenden Songs zu den Geschichten aus ihrem Leben. Musik spielte immer eine zentrale Rolle für sie. Nun lassen unsere Räumlichkeiten eine vierköpfige Band aus Platzgründen nicht zu, deshalb kam die Autorin nur mit einer Musikerin, die sich mit einigen Stücken auf der Gitarre begleitete.

Mit einiger Verspätung wegen technischer Unzulänglichkeiten begann Irene Moessinger eine Geschichte über ihre frühe Kindheit im spanischen Andalusien vorzulesen. Sie ging dort nicht zur Schule, sondern wurde zusammen mit ihrer Schwester privat unterrichtet: Lesen, Schreiben und Rechnen. Sie hatte ein Pferd, lernte Reiten und Flamenco tanzen, Kastagnetten spielen, besuchte die Stierkampfarena und begegnete Ernest Hemingway in dem damals noch kleinen Fischerdorf Torremolinos für einen sprichwörtlichen Augenblick.

Zurück im kalten dunklen Deutschland besuchte sie am Bodensee das Gymnasium. Lange hielt es sie dort nicht. Nach dem Abitur machte sie sich auf den Weg nach Berlin, wo Student*innen auf die Barrikaden stiegen, junge Leute ihre Freiräume suchten und TON STEINE SCHERBEN den Soundtrack spielten. Im Sommer 1971 rief die Band nach einem Konzert in der TU-Mensa auf, ein Fabrikgebäude in der Mariannenstraße zu besetzen. Ein halbes Jahr später wurde dann ebenfalls mit dem Soundtrack der SCHERBEN, das ehemalige Schwesternwohnheim des Krankenhauses Bethanien am Mariannenplatz besetzt und nach Georg von Rauch benannt, der wenige Tage zuvor in der Schöneberger Eisenacher Straße, von Fahndern, erschossen wurde. Eine der Besetzerinnen des Rauch-Hauses war Irene Moessinger. Bei den Aufnahmen des bis heute immer wieder auf Demonstrationen zu hörenden Rauch-Haus-Songes, der Besetzerhymne schlechthin, sang Irene Moessinger im Chor lautstark mit: „Das ist unser Haus, ihr kriegt uns hier nicht raus...“.

An dieser Stelle wurde dem Publikum ein kleiner Film über das Leben im Rauch-Haus gezeigt.

Das zweite Scherben-Album „Keine Macht für Niemand“ feierten die Rauch-Haus-Bewohner*innen im Garten vor dem Rauch-Haus. Der darauf befindliche Song „Der Traum ist aus“ schallte lautstark in Richtung Berliner Mauer am Bethaniendamm. Die VoPos schauten mit Ferngläsern in die Richtung, aus der sie die Musik vernahmen. Plötzlich fingen die VoPos an zu tanzen. Ein seltsamer Zufall: es war der 13. August 1972. Die Musikerin Claudia Fierke präsentierte ihre sehr puristischen Version „Der Traum ist aus“ für unsere etwa 20 Gäste.

Irene Moessinger war Rauch-Bewohnerin und arbeitete als Krankenschwester auf der Intensivstation des Urbankrankenhauses. Das war nicht ganz ungefährlich; es war die Zeit der Berufsverbote. Als Rauch-Haus-Bewohnerin stand sie politisch auf der falschen Seite und riskierte dadurch ihren Job.

Sieben Jahre später kam die Erbschaft, die sie bekannt machte. Sie verwirklichte ihren Traum, kaufte sich ein Zirkuszelt, ließ es 1980 am Potsdamer Platz direkt an der Mauer aufbauen und bot Veranstaltungen an, die viele Westberliner*innen heute noch in guter Erinnerung haben. Dazu gehörten Zirkusvorstellungen und Konzerte. Die „Heimatklänge – Umsonst und Draußen“ fanden ab 1988 am neuen Standort im Tiergarten neben dem Haus der Kulturen der Welt statt. Mit dem Fall der Mauer war das Ende des alten Tempodroms eingeläutet.

Irene Moessinger zeigte uns an dieser Stelle einen weiteren kleinen Film über das Tempodrom – Ausschnitte aus dem Eröffnungsabend, aber auch Szenen aus dem Zusammenleben der Leute vom Tempodrom, dem gemeinsamen Essen an einer langen Tafel, bevor sich alle an die Vorbereitungen für die Abendshow machen. Bei einem dieser gemeinsamen Essen der Mitarbeiter*innen wurde in einiger Entfernung ein kleiner Mann mit Käppi, Kapuze und Sonnenbrille entdeckt, der der Gesellschaft an der Tafel beim Essen zuschaute, bis ein Bodygard ihm bedeutete, ins Zelt zum Soundcheck zu kommen. Dieser kleine Mann war kein geringerer als Bob Dylan. Nach dieser Geschichte durfte ein Dylan-Song natürlich nicht fehlen: „A night like this“! Da Irene Moessinger auch großer Beatles-Fan war, spielte Claudia Fierke für sie und fürs Publikum auch „Girl“.

Mit dem Beschluss des Hauptstadumzuges der Regierung nach Berlin und der daraus folgenden Planung für das Parlaments- und Regierungsviertel war das alte Zirkuszelt ein Störfaktor, denn direkt neben dem Tempodrom sollte das Bundeskanzleramt entstehen.

Es wäre ein schönes Zeichen gewesen, Regierungsgebäude und einen Veranstaltungsort, der eine Instanz für die Berliner*innen war, in unmittelbarer Nachbarschaft zu belassen. Die Entscheidung fiel anders aus und heute steht an derselben Stelle das „Tipi am Kanzleramt“ – nicht mehr umsonst und draußen sondern für viel teures Geld.

Es folgten an diesem Abend noch weitere Musikstücke und abschließend dann ein weiterer kleiner Film über den Bau des neuen Tempodroms, in dem man die Autorin mit Bauarbeiterhelm in luftiger Höhe entdecken konnte. Die Tränen über die guten alten Zeiten im Tempodrom sind mittlerweile versiegt. Das neue Tempodrom ist heute beliebter Veranstaltungsort für Konzerte, Parteitage und vieles mehr.

Interessant ist auch zu erfahren, mit welchen Schwierigkeiten der Neubau verbunden war und dass Irene Moessinger zu guter letzter wegen Untreue angeklagt war. Da kann man nur mit einem altbekannten Scherben-Titel antworten: „Alles Lüge“! Denn – Irene Moessinger bekam am Ende einen Freispruch „erster Klasse“.

Wir haben an diesem Abend nur eine kleine Auswahl von Geschichten erzählt und vorgelesen bekommen. Ich kann dieses Buch wirklich mit gutem Gewissen weiterempfehlen. Gegen 21:30 Uhr endete die kleine Lesung. Die Autorin packte ein paar Exemplare ihrer Biografie zum Verkauf auf den Tisch, signierte und beantwortete gern alle noch offenen Fragen.

Die Überraschung dieses Buches für mich waren ihre Gedichte, die eine Qualität für sich haben. Vielleicht wird ihr nächstes Buch ein Gedichtband sein.

Sema Binia



Claudia Fierke (r) und Irene Moessinger

Meine Tätigkeiten in der BWG

Sehr geehrte Damen und Herren, Empfänger des Rundbriefes der Berliner Geschichtswerkstatt, mein Name ist A.C. Neander, Baujahr 1987, geboren in Berlin, aufgewachsen in Kreuzberg 36, nun im Bundesfreiwilligendienst tätig.

Mir wurde der Auftrag zugeteilt, einen Bericht über meine Zeit in der BGW anzufertigen. Meinen Weg in die BGW fand ich aufgrund einer so hohen Anzahl an Zufällen, dass ich diese eigentlich nicht mehr als solche bezeichnen kann. 2009 begegnete ich erstmals Frau Sema Binia und drei Jahre später sollten wir drei Wochen in einem Nightliner verbringen. Dies geschah im Zusammenhang mit den Ton Steine Scherben und der Ding Ding Dang Dang Tour 2014, da meine Mutter († 2004) ein Mitglied der Scherben gewesen ist. Anlässlich der Gedenkfahrt für Rio Reiser sang ich unter Deck mit den ehemaligen Freunden und Kollegen meiner Mutter drei oder vier Mal in den vergangenen Jahren mit. Eigentlich bin ich gelernte Damenmaßschneiderin, doch das turbulente Leben verschlug mich nach vielen Umwegen und einigen Erfahrungen, 10 Jahre nach Abschluss des Gesellenbriefes direkt in die Berliner Geschichtswerkstatt. Der kleine Laden in der Goltzstraße, im schönen Schöneberg, ist ein wunderbarer Ort, um „wieder warm“ zu werden und mich auf neue Wege vorzubereiten. Auch wenn derzeit leider sehr oft die Heizung ausfällt. Haha.

Mein Tagesablauf sieht in etwa wie folgt aus: Ich erscheine einige Zeit vor der offiziellen Öffnung, schaue in den Briefkasten und mache die Kasse fertig. Wenn einige Stunden zuvor ein Postpaket mit einer Büchersendung ankam, hole ich dieses meist bei unserem lieben Nachbarladen Mamsell ab. Falls Kollegen am Vormittag anwesend waren und etwas Laub in den Laden getragen haben, entferne ich dieses mit dem Staubsauger. Daraufhin prüfe ich den Anrufbeantworter und notiere ggf. darauf enthaltene Informationen, öffne die Rollos und schalte das Licht im Ladenraum ein während der Computer hochfährt. Um Punkt 15 Uhr öffne ich die Ladentür und trage die Holzdame mit den Flyern und den Stuhl mit der Bücherkiste nach draußen und rahme somit das Schaufenster ein.

Während sich das Emailpostfach synchronisiert, schaue ich in die Bücherregale und bringe die evtl. vom Vortag hinterlassene und übersehene Unruhe durchs Stöbern der Kunden wieder in eine Geradlinigkeit, denn unser Herr der Bücher, Stefan May, mag das gern und legt somit großen Wert darauf, wie die Bücher im Regal auf den ersten Blick erscheinen.

Daraufhin öffne und sortiere ich die Papierpost, fertige Kopien an, ordne diese ein und bearbeite anschließend die mittlerweile vollständig geladene Digitale Post und per Mail zugesandte Aufgabenstellungen.

In der Dampfersaison nahm ich Kartenbestellungen entgegen. Diese erfolgten überwiegend per Telefon und Mail doch auch durch den Direktverkauf im Laden. Die einzigen Karten die versandt werden, sind jene für die Rio Reiser Gedenkfahrt, denn diese können nicht reserviert werden. Interessierten an anderen Bildungs-Fahrten werden hingegen keine Karten zugesandt, hier nehmen wir Reservierungen bzw. Anmeldungen entgegen und die Teilnehmer bekommen ihr Ticket bei Fahrtantritt.

Da Sie, liebe Leserinnen und Leser, Mitglieder sind, kennen sie vermutlich diesen Ablauf länger als ich. Vielleicht macht Ihnen der Einblick in meine Wahrnehmung des mir neuen Aufgabenfeldes jedoch eine kleine Freude.

Einen kleinen materiellen Beitrag zu einer der Bildungs-Fahrten, konnte ich auch beitragen. Ich gestaltete den Werbe-Aufkleber für die DADA-Fahrten der nächsten Jahre.



Die Häufigkeit der Kundenbesuche und telefonischen Anfragen ist saisonabhängig und reduziert sich stark im Winter. Doch auch in der Sommersaison können die Besuche changierend sein.

Manchmal kommt niemand und an einem anderen Tag wollen drei Kunden dasselbe Buch zur gleichen Zeit kaufen.

Kleine, interessante „Alltagswunder“ würde ich das nennen.

Auch kleine Gespräche mit manchen Kunden fallen für mich unter diesen Begriff.

Oder vielleicht anders: „Wundersame Einzelbegegnungen“, denn teilweise lerne ich wirklich interessante Dinge von unseren Kunden, wie zum Beispiel Sicherheitsschlösser besonders effektiv angebracht werden oder wie traurig und ängstlich einige Damen und Herren der älteren Generation darüber sind, was derzeit in der Welt passiert und das die neue junge Generation zunehmend analytische und zusammenfassende Fähigkeiten, aufgrund des reizüberflutenden Entertainmentprogramms und Konsumzwangs verliert.

Ein weiteres kleines Doppel-Wunder, dass mir durch den Bundesfreiwilligendienst in der Berliner Geschichtswerkstatt widerfährt, ist die Konfrontation mit meinem alten Beruf. Das Schneidern.

Denn als der Schöneberg-Spezialist der BGW, Herr Andreas Bräutigam, erfuhr, aus welchem Handwerk ich komme, lud er dazu ein, mich am Annedore-Leber-Projekt zu beteiligen.

Und nun die Auflösung des kleinen Doppel-Wunders: Bevor ich meine Ausbildung zur Damenmaßschneiderin begann, lebte ich eine Zeitlang im betreuten Einzelwohnen in der Leberstraße in Schöneberg. Ab spätestens da dachte ich: „Das kann kein Zufall mehr sein.“

Also sagte ich mir. „Los Mädchen, trau dich! Lass dich drauf ein!“

Nun sollte ich also auch noch bei meiner Recherche erfahren, dass die Straße in der ich meine erste Wohnung bezog, nach einer so großen Frau benannt worden ist. Ohne die Einladung, mich am Annedore-Leber-Projekt zu beteiligen, hätte ich womöglich nie von dieser Frau erfahren.

Die Aufgabenstellung lautet wie folgt: „Fertige bitte Kleidungsstücke nach den von Frau Leber konstruierten Schnittmustern an.“

Die von Frau Leber selbst konstruierten Schnittmuster, erschienen im eigenen Verlag, dem Mosaik-Verlag, mit gleichnamiger Zeitschrift, für Frauen der Nachkriegszeit. Von den in den Jahren 1947 bis 1949 erschienenen Ausgaben, enthielten 11 Stück Schnittmuster, wie ich im Internet herausfinden konnte. Ich darf mir ein paar Modelle zur Produktion von Kleidungsstücken aussuchen. Die Nachstellung der Schnittmuster erweist sich jedoch für mich als eine große Herausforderung und kleinen „Kriminalfall“, da die Kopie von archivierten Materialien aus der Staatsbibliothek zum einen beantragt werden muss und zum andern nichts kopiert werden darf, was gefaltet ist.

Zum Glück hat Frau Sonja Miltenberger selbst auch ein paar Exemplare. Im Notfall gibt es also weniger Auswahl, aber dafür eine reale Kopieroption.

Die nächste Schwierigkeit besteht dann in der Anfertigung der einzelnen Schnittteile. Hier muss ich mit Kreidepapier und einem Kopiergerät den jeweiligen Linien folgen. Diese richtig zu erkennen wird nicht einfach. Die nächste große Sache ist dann das tatsächliche Schneiden, denn nach Erhalt des Gesellenbriefes vor 10 Jahren, fand ich leider keinen Arbeitsplatz, der dieses alte Handwerk schätzte und bezahlen konnte oder einen ausgereiften „Frischling“ wollte. Ich vermisse das Nähen schon seit einiger Zeit, und nun habe ich die Chance, mich dieser Seite meiner Selbst wieder anzunähern und hoffe, an einer guten Maschine arbeiten zu können. Ich habe also etwas Bammel, doch freue mich auch.

Viele Tätigkeiten meines neuen Aufgabenfeldes in der BGW sind neu für mich, auch wie Vorstandssitzungen ablaufen und wie diese dokumentiert werden. Einen besonders schönen Einblick in die Gruppendynamik und Arbeitsweise der BGW bekam ich beim alljährlichen gemeinsamen Ausflug ins Landhaus nach Metzelthin.

Solch eine produktive und zugleich menschliche Arbeitsweise innerhalb einer so großen Gruppe war mir bisher gänzlich unbekannt.

Nun übernehme ich das erste Mal Aufgaben, die in einem Büro eines kleinen „Betriebes“ anfallen. Noch vor einiger Zeit hätte ich nicht damit gerechnet, Spaß an der Ausführung solcher dort anfallenden Aufgaben zu erleben. Die Büroarbeit und der Buchverkauf, die Kundengespräche, die Vor- und Nachbereitung von kleinen Veranstaltungen, all das macht mir Freude in der Ausübung. Ich bin umgeben von Materialien, die wichtige Informationen enthalten und die Kollegen sind gebildete, herzliche Menschen. Die Hälfte meiner Zeit des Bundesfreiwilligendienstes in der BGW ist nun schon vorüber und ich werde etwas wehmütig, wenn ich daran denke, mir bald einen neuen Platz suchen zu müssen.

Aber ich bin auch voller Freude, die nächsten Schritte zu gehen.

Deshalb möchte ich mich auf diesem Wege auch bei Ihnen, den Mitgliedern sehr bedanken.

Denn wenn Sie diesen Ort nicht durch Ihre Beiträge aufrechterhalten würden, hätte ich nicht die Möglichkeit, diese neuen Erfahrungen an einem so besonderen Ort zu sammeln und daran wachsen zu dürfen.

Es grüßt Sie

Ayana Christina Neander, Berlin 2019

„Berlin liest“ in der Berliner Geschichtswerkstatt

Sema Binia

Die berlinweite Aktion „berlin liest“ im Vorfeld des *literaturfestivalsberlin* fand in diesem Jahr am Sonntag, 8. September 2019 zwischen 08:00 und 22:00 Uhr statt. Themenschwerpunkte in diesem Jahr waren »Decolonizing Worlds II«, »Automatic Writing 2.0« und »About: Sex«. Die erste Leserin begann um 11:00 Uhr. So spät hatten wir noch nie begonnen. Die Schöneberger*innen haben einfach mal ausgeschlafen, um sich dann am Frühstückstisch der Berliner Geschichtswerkstatt einzufinden – the same procedure as last year: Dampfender Kaffee, heißer Tee, duftende Croissants, selbstgebackener Kuchen von Ines Müller und jeder weitere Gast brachte eine weitere Kleinigkeit mit; nicht zu vergessen *Blaue Blumenstrauß*.

Und wieder lasen Leserinnen und Leser aller Couleur im 30-Minuten-Takt

Jana Ritter aus "Der Viertuose" von Margriet de Moor

Gertrud Fischer-Sabrow aus „Fräulein Nettes kurzer Sommer“ von Karin Duwe

Jürgen Karwelat aus "Lust Liebe Leben“ diverse Gedichte

Markus Seifert las seinen Text „Wie Opa und Oma ein Paar wurden“

Harald Fuchs aus „Erster Weltkrieg – Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts von Christian Zentner

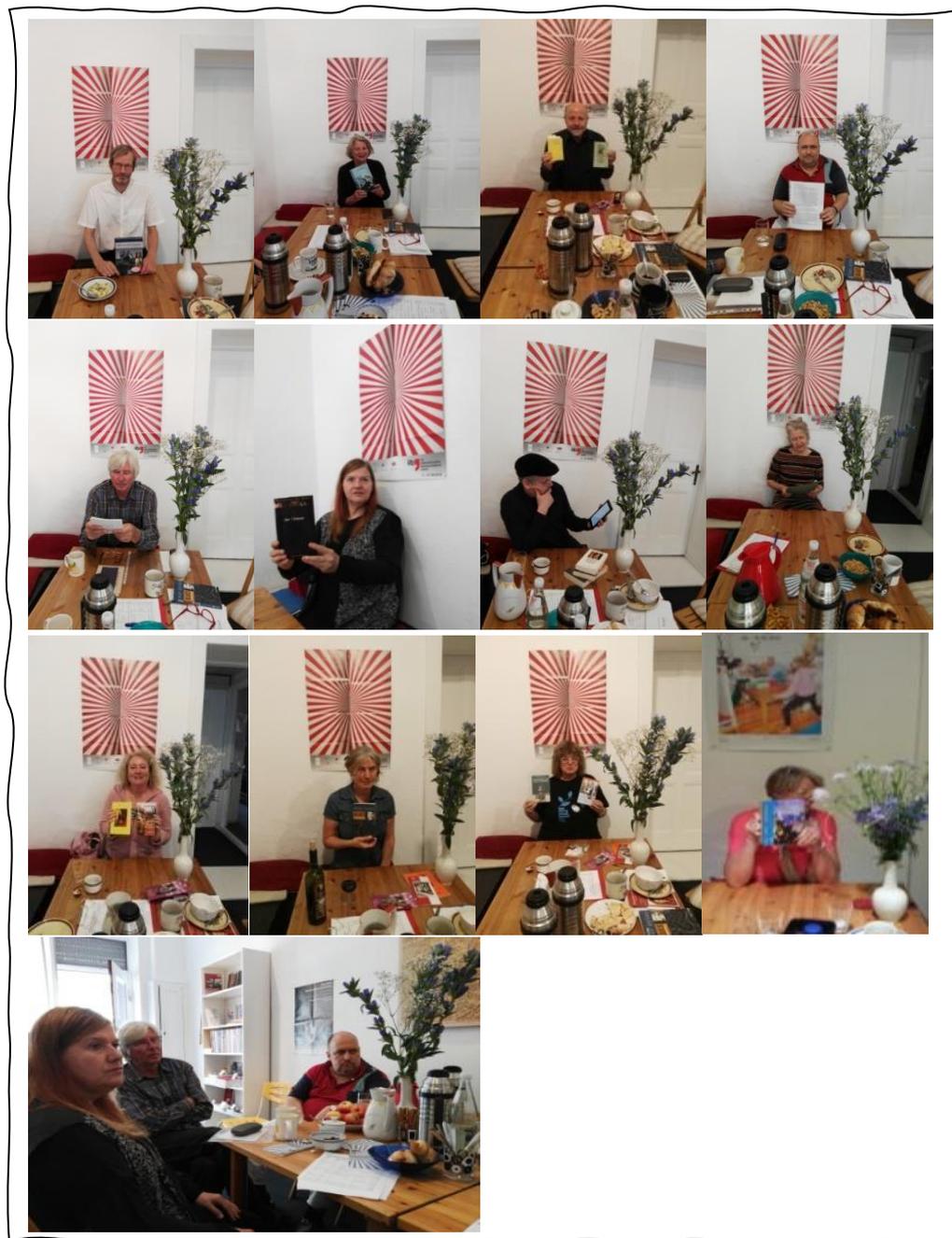
Misha Schoeneberg las aus seinem Text „Als wir das Wunder waren“

Alexandra Linett laus aus ihrem Text „Brücke in den Frühling“

Sema Binia aus „Blues in Schwarz Weiss“ von May Ayim

Kai Sichtermann las aus seinem Text „Eros Nächte Moneymaker“

Gabi Frydrych las aus ihren Texten: „Emma und Marie“ und „Immer nur das Eine“



Um 21:30 Uhr war dann Schicht im Schacht.

Und wir werden uns wiedersehen zu „berlin liest“ am Mittwoch, 9. September 2020

Protokoll der Mitgliederversammlung der Berliner Geschichtswerkstatt vom 22. Juni 2019

Tagesordnungspunkte:

1. Wahl des Versammlungsleiters und der Protokollantin
2. Bericht aus den Projekten und aus der Arbeit des Vorstandes
3. Vorstellung des Kassenberichts und Entlastung des Vorstands
4. Wahl der Kassenprüferinnen und des Vorstands
5. Verschiedenes

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl des Versammlungsleiters und der Protokollantin

Die MVV ist nach § 7 der Vereinssatzung beschlussfähig, da mehr als 10% der Vereinsmitglieder anwesend sind.

Jürgen Karwelat wird zum Versammlungsleiter vorgeschlagen und Sonja Miltenberger zur Protokollantin. Beide werden einstimmig per Handzeichen gewählt.

Die Tagesordnung wird wie ausgeschrieben einstimmig angenommen.

2. Berichte aus den Projekten und aus der Arbeit des Vorstandes:

Dampfergruppe (Bericht Jürgen Karwelat)

- in dieser Saison werden keine neuen Fahrten angeboten. Lediglich die Fahrt „Rebellisches Berlin“ ist inhaltlich überarbeitet worden
- Die Fahrten der letzten Saison 2018 waren sehr gut besucht. Die „Dampfergruppe“ konnte 5.000,00 EUR an den Verein überweisen.
- Die Besucherzahl ist themenunabhängig, sie richtet sich vor allem nach dem Wetter

Das Achtundsechziger-Projekt (Bericht: Peter Lassau)

- 20 Texte (Transkriptionen von geführten Interviews) liegen fertig vor.
- die Freigabe der Texte durch die jeweiligen Autor*innen ist noch nicht vollständig

Projekt NS-Zwangsarbeit (Bericht: Jürgen Karwelat, Gisela Wenzel)

- die Gruppe arbeitet nicht mehr inhaltlich, es werden vor allem Anfragen beantwortet und auf der Grundlage der jahrelangen Forschungen und Publikationstätigkeit neue Projekte angeregt
- im Ergebnis der Koalitionsvereinbarungen wurde im vergangenen Jahr der „Runde Tisch“ gegründet, an dem unterschiedliche Gruppen und Personen, die zum Thema gearbeitet haben bzw. noch arbeiten, darüber diskutieren was aus dem Dokumentationszentrum zur NS-Zwangsarbeit werden soll und welche Gedenkorte sichtbar gemacht werden sollen.

Bislang ist das Dokumentationszentrum ein unselbständiger Teil der Topografie des Terrors, soll aber, lt. Koalitionsvertrag in eine Stiftung eingehen, deren Kapital aus Bundes- und Landesmitteln kommen soll. Die BGW hat dagegen ihr Veto eingelegt.

Arbeit des Vorstands (Bericht Jürgen Karwelat)

Veranstaltungen, Projekte:

- im Dezember 2018 Einweihung der Gedenktafeln für Paul Löbe in Liegnitz/Legnica (s. Rundbrief 2/2018)
- die Veranstaltungsreihe „Was tun? Berlin – Russland seit der Oktoberrevolution. Aspekte einer komplizierten Beziehung“, die von Oktober 2017 bis April 2018 lief, war sehr erfolgreich. Im Herbst 2018 erschien die gleichnamige Dokumentation dazu im Eigenverlag.
- ein Drittmittelantrag für die geplante Veranstaltungsreihe „100 Jahre Groß-Berlin“ liegt bei der Lotto-Stiftung und wird voraussichtlich in die Herbst-Sitzung aufgenommen werden
- personell hatten/haben wir Verstärkung bekommen durch Janna Wacker-Frydrych und Ayana Neander, die beide über das Programm des Bundesfreiwilligendienstes zu uns gekommen sind. Sie waren/sind eine große Entlastung für uns – vor allem im Bereich des sogenannten Ladendienstes. Durch sie haben wir kaum noch kurzfristige Schließtage zu verzeichnen.
- der Verein THF 1939-45 e. V., bislang vertreten durch Beate Winzer, ist aus der BGW ausgetreten
- z. Zt. Besteht die BGW aus 83 Mitgliedern, davon sind exakt 41 Frauen, 41 Männer und ein Verein (Aktives Museum)

Buchverkauf (Bericht Stefan May)

- der Verein dankt Nadine Kunitzsch für die jahrelange Übernahme der Ladendienste am Samstag. Isolde Ahlgrimm regt eine finanzielle Anerkennung an. Der Vorschlag wird allgemein positiv aufgenommen
- Der Umsatz ist im Vergleich zum Vorjahr etwa gleich geblieben
- es wird darüber diskutiert, ob es sich lohnen würde ein Karten-Lesegerät anzuschaffen oder ob die Bezahlung via Smartphone (Barcode) die zukunftsweisendere Variante ist. Um herauszufinden, welche Anschaffung der Verein machen soll, wird eine statistische Erhebung während des Buchverkaufs vorgeschlagen.

3. Vorstellung des Kassenberichts und Entlastung des Geschäftsführenden Ausschusses und der Kassenprüferinnen

Die Kassenprüferin Isolde Ahlgrimm hat ihre Anmerkungen verschriftlicht und dem Kassenbericht beigelegt. Hierin wird den Projekten generell eine gute Abrechnungsarbeit bescheinigt. Es wird nochmal darauf hingewiesen, dass Kopien von Kassenbons unerlässlich sind, da die Originale bereits nach kurzer Zeit unleserlich sind.

Die Kassenprüferinnen empfehlen, den Vorstand zu entlasten. Jürgen stellt die Beschlussfähigkeit für die Abstimmungen fest. Der Geschäftsführende Ausschuss (Vorstand) wird in einer offenen Abstimmung einstimmig entlastet. Die MVV entlastet die Kassenprüferinnen einstimmig.

4. Wahl der Kassenprüferinnen und des Geschäftsführenden Ausschusses Wahl der Kassenprüferinnen

Christa Caspar und Isolde Ahlgrimm stellen sich wieder zur Wahl. Beide werden in einer offenen gemeinsamen Abstimmung einstimmig als Kassenprüferinnen gewählt.

Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses (Vorstand)

Alle derzeitigen Vorstandmitglieder stellen sich wieder zu Wahl. Es gibt keine neue Kandidatur. Stefan Mai wird beauftragt, die Wahl zu leiten.

In einer offenen gemeinsamen Abstimmung werden alle Kandidatinnen und Kandidaten einstimmig gewählt. Damit besteht der neue Vorstand aus folgenden Personen:

Sema Binia, Dr. Andreas Bräutigam, Gertrud Fischer-Sabrow, Jürgen Karwelat, Peter Lassau, Sonja Miltenberger, Dr. Elke Mocker, Ines Müller

5. Verschiedenes

- Bernhard Müller fragt künftige Jahresplanungen (Wirtschaftsplan) des Vereins an. Jürgen Karwelat weist daraufhin, dass im § 7 Punkt 6 der Vereinssatzung eine Jahresplanung möglich ist aber nicht notwendig und dass solch eine Vorausplanung durch eingereichte aber noch nicht positiv bestätigte Drittmittelanträge, schwierig ist.

Berlin, den 26. Juni 2019

Sonja Miltenberger
(Protokollantin)